

Beschluss des Landrats vom 24.03.2022

Nr. 1422

12. Fragestunde der Landratssitzung vom 24. März 2022 2022/88; Protokoll: ps

1. Christina Rita Jeanneret-Gris-Iseli: Zulassungsbeschränkung für Fachärzte im Kanton Basel-Landschaft

Keine Zusatzfragen.

2. Miriam Locher: Geflüchtete Menschen auch psychologisch betreuen

Keine Zusatzfragen.

3. Erika Eichenberger: Zur Aufnahme von Flüchtlingen Status S aus der Ukraine

Rahel Bänziger (Grüne) hat eine Zusatzfrage. Den Gemeinden sollen Pauschalen ausgerichtet werden, mit denen Unterbringung und Unterstützungsmassnahmen gedeckt sein sollten. Wenn Flüchtlinge privat aufgenommen werden, fallen keine Mietkosten an. *Ist es möglich, dass der Rest des Betrags, der nicht für Administrativaufwand gebraucht wird, für die Bildung von Schulklassen eingesetzt werden könnte?* Dies sei angeblich nicht möglich, wurde gesagt, aber erhalten die Gemeinden das Geld, ist ihnen dann freigestellt, wie sie das Geld für die Flüchtlinge einsetzen können? Was geschieht, wenn es zu viel Geld hat, wenn alle privat untergebracht werden?

Antwort: Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) erklärt, im Sozialbereich habe es eine solche Verschiebung ins Private noch gar nie gegeben. Der Redner will zuerst abklären, was mit den Beträgen geschieht, die auf kommunaler Ebene übrigbleiben. Die Beträge sind zweckgebunden und können nicht für irgendetwas eingesetzt werden. Sie sind für Unterbringung und Betreuung, dazu kommen Krankheitskosten, Versicherungen, Haftpflicht – und dies alles muss die Gemeinde abdecken. Die Gemeinden sind verpflichtet, Bildungsmöglichkeiten anzubieten – entweder die Kinder in bestehende Klassen zu integrieren oder Klassen zu bilden. Dies sollte übers normale Bildungsbudget finanziert werden. Diese Aussage wird mit einem Vorbehalt gemacht, aber es ist eigentlich der Normalfall. Braucht man die Gelder, um Dritte zu bezahlen, gibt es wieder einen kleinen Rest, dessen Verwendung geklärt werden muss. Die eine Massnahme löst sofort Fragen aus, und dies muss in Ruhe durchgedacht werden. Die Gelder sind zweckgebunden und der Bund führt Revisionen über den Verwendungszweck durch. Es freut den Regierungsrat enorm, dass die Solidarität so gross ist. Möglicherweise funktioniert dies eher kurzfristig. Zu Beginn sind die Probleme vielleicht noch nicht so gross, aber es ist zu befürchten, dass diese tendenziell grösser werden und – sobald es längerfristig wird, kann sich der Redner vorstellen, dass es zu einer Regelunterbringung führen wird, womit das Gemeinwesen wieder einspringen wird. Daran muss man denken, denn sollte es geschehen, ist man gut vorbereitet.

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, dass wegen der Abstimmungs- und Mikrofonanlage, die nicht richtig funktioniert, keine Abendsitzung durchgeführt werde. Die nächsten vier Sitzungen werden bis fünf Uhr verlängert werden. Das macht mehr Sinn und ist effizienter und schneller.

4. Roger Boerlin: Geflüchtete aus der Ukraine, welche in Gastfamilien untergebracht sind

Keine Zusatzfragen.

5. Dieter Epple: Nachdem zu hören ist, dass es Probleme bei den Aufnahmen von Ukrainischen Flüchtlingen gibt, bittet die SVP um Erklärung

Keine Zusatzfragen.

6. Simone Abt: Begleitung der bei Privatpersonen untergebrachten Geflüchteten aus der Ukraine

Keine Zusatzfragen.

7. Marc Schinzel: Flüchtlinge aus der Ukraine – es braucht eine faire Verteilung auf die Gemeinden

Marc Schinzel (FDP) hat folgende Zusatzfrage: *Wie sind die Reaktionen bei den Gemeinden, die bisher die Aufnahmequote nicht erfüllt haben?*

Antwort: Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) erklärt, es gebe eigentlich immer einen dynamischen Austausch mit den Gemeinden, bereits im normalen Asylwesen. Es gibt immer wieder Situationen, in denen die Gemeinden gut Wohnraum zur Verfügung stellen können, aber auch wieder Wohnraum verlieren; einmal liegen sie über der Quote und einmal darunter. Die Solidarität unter den Gemeinden ist sehr gross und es wird akzeptiert. Man schaut nicht immer auf den Status und darauf, wer zu viel und wer zu wenig hat, sondern die Gemeinden tauschen sich aus. Bisher gab es noch keine Reklamationen der Gemeinden über die Quote. Es erfolgt ein Monitoring, aber die Quote ist nicht überall zu 100 % umsetzbar. Der Redner konnte sich jedoch bereits davon überzeugen, dass die Gemeinden bereit sind, ihrem Auftrag nachzukommen. Immer wieder sind auch Gemeinden bereit, mehr zu tun als sie müssten – Muttenz und Allschwil beispielsweise – wodurch andere Gemeinden entlastet werden.

Markus Dudler (Die Mitte) hat eine Zusatzfrage: *Was tut der Regierungsrat für die Sicherheit der Geflüchteten?* Es handelt sich hauptsächlich um sehr verletzte Personen – Frauen und Kinder – und man hat aus Deutschland bereits Reportagen zu Menschenhandel gehört und dass gewisse Kreise versuchen, die Situation der Frauen auszunutzen.

Antwort: Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) führt aus, das Thema sei gerade bei der Privatunterbringung von Anfang an im Fokus gewesen. Insbesondere ging es um die Themen Missbrauch, Ausbeutung und Menschenhandel. Die Gemeinden sind letztendlich zuständig und Ansprechpartner. Der Redner kann nur dringend empfehlen, dass sich alle Flüchtlinge, die Anspruch auf den Status S haben, bei den Gemeinden melden, damit diese wissen, wer wo ist. Gleichzeitig werden sie bereits in den Empfangszentren des Bundes auf solche Themen hingewiesen und dass sie sich ans Gemeinwesen oder eine andere Vertrauensperson wenden können. Mit anderen Worten: Was für die Sensibilisierung getan werden kann, erfolgt bereits. Das Wichtigste ist, dass man sich meldet und den Flüchtlingsstatus S beantragt.

8. Simone Abt: Umsetzung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland

Keine Zusatzfragen.

9. Caroline Mall: Aufnahme einer Erwerbstätigkeit mit Schutzstatus «S»

Keine Zusatzfragen.

10. Jan Kirchmayr: Fremdsprachenintegrationsklassen im Kanton Basel-Landschaft

Keine Zusatzfragen.

11. Markus Brunner: Ukrainische Flüchtlinge in Baselbieter Schulen

Markus Brunner (SVP) hat eine Zusatzfrage: Es ist zu erwarten gewesen, dass es Überschneidungen bei den Fragen gibt. Mit welchen Kosten ist zu rechnen und was erwartet der Finanzdirektor? Dies ist im jetzigen Zeitpunkt eine schwierige Frage. Und auch auf die Gemeinden heruntergebrochen: *Mit welchen Kosten ist zu rechnen?*

Antwort: Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) kann zu den Kosten noch nichts sagen. Das Wichtigste sind Unterbringung, Betreuung und der Grundbedarf; dies ist mit der Pauschale von CHF 37,5 abgedeckt. Darin enthalten sind auch Krankenkassen- und Haftpflichtversicherung, die Möglichkeit auf medizinische und Zahnbehandlungen etc. Die Gemeinwesen sind zur Einschulung der Kinder verpflichtet, und das gilt auch für Kinder mit Flüchtlingsstatus S. Wie dies genau funktioniert, kann der Redner noch nicht sagen. Der Druck ist zu Beginn noch nicht so gross. Die Direktionen arbeiten interdisziplinär zusammen – die Zuständigkeiten sind klar geregelt, wer wo die Verantwortung trägt: Das KIGA für die Arbeitsbewilligung, die FKD für den Sozialbereich und die BKSD für die Bildung. Die Expertinnen und Experten arbeiten zusammen, und es wird eine Lösung geben. Fragen, die sich ergeben können: Integriert eine Gemeinde die Schüler oder schafft sie eine eigene Klasse oder gibt es eine Zentralisierung, um grössere Klassen zu bilden? Dies kann der Redner noch nicht sagen. Es stellt sich auch die Frage, wie viele Lehrkräfte gefunden werden, die sowohl Ukrainisch als auch Englisch sprechen und bereit wären, zu unterrichten. Man steht bei diesem Thema noch am Anfang, arbeitet jedoch daran.

12. Béatrix von Sury d'Aspremont: Ukrainische Flüchtlinge in Baselbieter Schulen

Keine Zusatzfragen.

13. Caroline Mall: Sind wir an unseren Schulen parat für die Aufnahme von ukrainischen Kriegsflüchtlings?

Keine Zusatzfragen.

14. Caroline Mall: Mobbing am Arbeitsplatz (Movis AG)

Caroline Mall (SVP) hat eine Zusatzfrage: Die Rednerin bedauert, dass die Frage nicht von der BKSD beantwortet wurde. *Wieso nicht? Ob eine Auflösung des Arbeitsverhältnisses gerechtfertigt ist, kann deshalb nicht von der Movis AG geprüft werden, heisst es im letzten Satz. Wenn dies trotzdem gemacht wurde, was geschieht dann in einem laufenden Verfahren?*

Antwort: Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) sagt, dies seien schwierige Fragen. Der Redner hat die beiden in Frage kommenden Dossiers mittlerweile eruiert. Diese werden aktuell durch das Personalamt geprüft. Dann wird man schauen, wie die Zusammenarbeit in den beiden bestimmten Fällen lief, wie das Zusammenspiel zwischen Anstellungsbehörde und Movis AG lief und wie die rechtliche Situation bei den jeweiligen Verfahrensschritten war. Wenn es nötig ist, wird man korrigierend intervenieren. Dann wäre das Thema für die FKD erledigt. Dies kann und wird man nicht

an der Öffentlichkeit diskutieren können. Die angesprochene Problematik ist erkannt und man schaut sie an.

15. Markus Graf: Selbstversorgung

Markus Graf (SVP) ist froh, dass die SP in ihrer Fraktionserklärung heute Morgen die Selbstversorgung mit Lebensmitteln ausgeklammert hat. Wie es scheint, hat man aber auch auf linker Seite gemerkt, dass Gendersterne keine vollen Bäuche geben. Die Antworten zeigen, dass es auch im Kanton Potenzial gibt, um den Selbstversorgungsgrad zu erhöhen. Die 200 Hektaren an stillgelegten Äckern geben rund 1'200 Tonnen Weizen, daraus können 1'500 kg Brot gebacken und diese in 100 Lastwagen verladen werden. Eine Zusatzfrage zu den Pflichtlagern: Der Bund führt diverse Pflichtlager an Treibstoff und Dünger. *Das letzte verregnete Jahr hat den Bauern in aller Deutlichkeit klargemacht, dass sichere Erträge nur mit entsprechenden Pflanzenschutzmitteln möglich sind. Führt der Bund auch ein Pflichtlager für Pflanzenschutzmittel?*

Antwort: Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) erklärt, die Pflichtlagerthematik habe sich bereits während der Pandemie akzentuiert. Man stellte fest, dass es zu wenig Ölsaaten gibt, beispielsweise, und auch für Düngemittel braucht es ein gewisses Pflichtlager. Bezüglich der Pflanzenschutzmittel entzieht sich der Kenntnis des Redners, wie viele es braucht. Seines Wissens besteht kein Pflichtlager, und im Sinne der Versorgungs- und Ernährungssicherheit wäre es sicher wichtig, dies auf übergeordneter Ebene – Landwirtschaftsdirektorenkonferenz, aber auch mit dem BLW – anzuschauen.

Urs Schneider (SVP) führt aus, in der Vergangenheit haben der Bund und die Kantone stark auf die Förderung der Biodiversität gesetzt. Zwei Abstimmungen im letzten Jahr wurden relativ deutlich abgelehnt. Die produzierende Landwirtschaft wird als naturzerstörend und Umweltsünderin abgestempelt und in diversen Zonenplänen Landschaft wird immer nur am Rande erwähnt, dass die Landwirtschaft Lebensmittel produzieren soll und kann. Zusatzfrage: *Ist der Regierungsrat bereit, zukünftig die produzierende Landwirtschaft wieder vermehrt zu fördern und zu unterstützen?*

Antwort: Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) antwortet, im Kanton sei es eine grosse Errungenschaft, dass man seit vielen Jahren ein gutes Miteinander von Landwirtschaft und den Nichtregierungsorganisationen der Biodiversität habe. Eine nachhaltige Landwirtschaft muss produzieren können, nicht nur für die nächsten zwei Jahre und die nächste Krise, sondern sie muss auch in 200 Jahren noch funktionieren. Das heisst, die Bodenfruchtbarkeit muss erhalten werden, genauso wie eine gewisse Biodiversität, Wasserretention, Humus etc. Der Redner warnt davor, ein Entweder-Oder zu machen. Und man kann sich auch keine ukrainischen Weizenfelder im Baselbiet vorstellen unter Aufhebung von Hecken und Brachen, die es auch braucht. Die Grundaufgabe der Landwirtschaft ist die nachhaltige Produktion von guten, gesunden, regionalen Lebensmitteln, das ist dem Redner ein Anliegen. Nicht nur bei den pflanzlichen, sondern auch bei den tierischen Lebensmitteln. Es gibt einen grossen Teil an Grasland, der nur für die Produktion tierischer Lebensmittel genutzt werden kann. Es ist ein Miteinander, und die Erhaltung insbesondere der Fruchtfolgeflächen hat einen sehr hohen Stellenwert. Die Landwirtschaft muss nachhaltig produzieren können, und ein entsprechender Selbstversorgungsgrad – das steht auch in der Bundesverfassung – muss nicht nur gewährleistet, sondern auch gesteigert werden.

Peter Riebli (SVP) hat eine Zusatzfrage zu den Ausführungen von Thomas Weber betreffend Pflichtlager. Es wäre sinnvoll, das Problem überregional anzugehen. *Würde es helfen, eine Ständesinitiative betreffend Pflichtlager für Pflanzenschutzmittel und Dünger zu lancieren?*

Antwort: Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) sagt, die Abläufe im Bund seien manchmal etwas lang. Insofern würde es helfen, wenn mehrere Kantone koordiniert mittels Standesinitiative das Thema einbringen. Die Agrarpolitik ist Sache des Bundes, und das Bundesamt für die wirtschaftliche Landesversorgung ist auch dort, aber in den Kantonen wird erkannt, dass es etwas braucht. Der Redner würde eine Standesinitiative wohlwollend begleiten.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
